Grünes Bündnis
www.gbbern.ch
Nr.11 | Mai 2013

grün.

20'000 Personen haben im März gegen die Sparmassnahmen des Kantons demonstriert

Engagement gegen steigende Kita-Tarife: Blaise Kropf, Grossrat Grünes Bündnis und Gewerkschaftssekretär vpod

stand.
Hasim Sancar
● Nein zu den dringlichen Verschärfungen im Asylgesetz

mittel.
● Betreuungsgutscheine JA, aber fair!

bern.
Sabine Baumgartner
● Sparmassnahmen in der Gemeinwesenarbeit – ohne uns!

Nein zu den dringlichen Verschärfungen im Asylgesetz

Die Aufhebung des Botschaftsasyls und der Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund, die Schaffung von Zentren für «renitente» Asylsuchende und die Reduktion der Beschwerdefrist von 30 auf 10 Tage sollen der Beschleunigung des Asylverfahrens dienen. Faktisch handelt es sich jedoch um Verschärfungen im Asylgesetz, die Menschenleben gefährden.

NEIN zur Asylgesetz-revision

Das Asylgesetz wurde seit seiner Verabschiedung 1979 mehr als zehn Mal revidiert, die letzte Revision wurde sogar als dringlich deklariert, also als direkt umsetzbar. Das zustande gekommene Referendum hat deshalb keine aufschiebende Wirkung.

Neu kann bei einer Schweizer Botschaft im Ausland kein Asylgesuch mehr gestellt werden. Damit entfällt die Option, den Asylantrag direkt vor Ort prüfen zu lassen. Traumatisierte, verfolgte und geschwächte Menschen haben also eine Chance weniger, auf legalem Weg ein Asylgesuch zu beantragen. Diese Änderung wird vor allem Schlepper-Organisationen nützen, weil so vielen Flüchtlingen nur der illegale Weg bleibt. Kriegsdienstverweigerung bedeutet in vielen Ländern Verfolgung und Folter. Trotzdem gilt sie neu nicht mehr als Asylgrund. Heute trifft dies insbesondere Menschen aus Eritrea und Syrien.

Mit den besonderen Zentren für Asylsuchende, die «durch ihr Verhalten den ordentlichen Betrieb der Empfangsstellen erheblich stören», leisten die Bundesbehörden der Willkür und der Ungleichbehandlung Vorschub.

Die Beschwerdefristen gegen einen Asylentscheid sollen in der Testphase von 30 auf 10 Tage verkürzt werden, was ein faires Verfahren verunmöglicht. Diese Gesetzesänderung ist inakzeptabel, und es ist zu befürchten, dass sie Schule machen wird.
Alle diese Verschärfungen werden das Asylverfahren nicht beschleunigen, sondern nur dafür sorgen, dass es ungerechter wird und den bereits wachsenden Fremdenhass weiter anheizt.
Darum am 9. Juni ein Nein zur Asylgesetzrevision!

Hasim Sancar, GB-Grossrat

aktions.

● **Flyerverteilaktionen**
Wer das Grüne Bündnis bei Flyerverteilaktionen für die Kampagne gegen die Asylgesetzrevision unterstützen möchte, meldet sich bitte möglichst rasch im GB-Sekretariat (info@gbbern.ch oder 031 301 82 09)

Abstimmungen vom 9. Juni

Stadt

● Schutz von Wohnraum: Teilrevision der Bauordnung: **JA**
● Reglement über die familienergänzende Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Volksvorschlag: **JA**, Stadtratsvorlage: **NEIN**; Stichfrage: Volksvorschlag

National

● Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates»: **NEIN**
● Dringliche Änderungen des Asylgesetzes: **NEIN**

«Wohnpolitik ruht auf verschiedenen Pfeilern. Gerade in der Stadt Bern, die mehr Arbeitsplätze als EinwohnerInnen hat, muss neuer bezahlbarer Wohnraum her, z.B. durch die Förderung von Wohnbaugenossenschaften. Ebenso wichtig ist aber, den bestehenden, preisgünstigen Wohnraum zu erhalten. Der Wohnraumschutz muss deshalb weiterhin gesetzlich verankert bleiben.»
Christine Michel, GB-Stadträtin

JA zur Ergänzung der Bauordnung zum Schutz von Wohnraum

Am 9. Juni findet die Abstimmung zur Teilrevision der Bauordnung statt. Diese sieht vor, dass bestehender Wohnraum vor kommerzieller Umnutzung geschützt wird – in Anbetracht der Wohnungsnot in Bern ein sehr wichtiges Anliegen.

In der Stadt Bern herrscht Wohnungsnot. Die Leerwohnungsziffer beträgt 0.44 Prozent, vor allem Familien finden keine geeigneten Wohnungen und die Mieten steigen. Bei Neubauten sind die Wohnungen oft vergeben, bevor sie fertiggestellt sind. Der Erhalt von Wohnraum, insbesondere der Schutz vor Abriss oder Umwandlung für gewerbliche Zwecke oder in Büroräume, ist deshalb ein wichtiges Anliegen der städtischen Wohnpolitik.

Die Stadt schützte bestehenden Wohnraum bereits bisher, neu wird dieser Schutz jedoch in der städtischen Bauordnung verankert, da das kantonale Gesetz über die Erhaltung von Wohnraum (WERG) ausser Kraft gesetzt wurde. Ein grosser Teil der insgesamt 75'000 Berner Wohnungen ist zwar über die Vorschriften der Nutzungszonen in der städtischen Bauordnung geschützt. Rund 5500 Wohnungen werden nun jedoch zusätzlich durch das Gesetz unter Schutz gestellt, das heisst Abbruch oder Umnutzung sind nur mit behördlicher Bewilligung gestattet.

Der Wohnraumschutz soll nur zur Anwendung kommen, wenn in der Stadt Bern Wohnungsknappheit herrscht, da er verfassungsrechtlich eine Eigentumsbeschränkung darstellt. Konkret soll das Gesetz greifen, wenn der Leerwohnungsbestand unter einem Prozent liegt, was in Bern seit Jahren der Fall ist. Der neue Artikel enthält Ausnahmebestimmungen, so darf man z.B. eine Umnutzung vornehmen, wenn diese in übergeordnetem öffentlichen Interesse liegt (z.B. bei Kitas, die in Wohnräumen eingerichtet werden).

Christine Michel, GB-Stadträtin

«Care-Wirtschaft findet zwischen Menschen statt und sie ist nachhaltig. Es fällt schwer, Umweltpolitik ebenfalls so zu verstehen, vielleicht weil man annimmt, sie sei gender-neutral. Gender ist jedoch zentral, z.B. bei ökologischen Steuerreformen. Das GB trägt Verantwortung und wehrt sich, wenn im Namen von (grünem) Wachstum die Care-Tätigkeiten aussen vor bleiben.»
Annemarie Sancar, GB-Ausschuss

Die Umweltpolitik hat ein Geschlecht

Im März gastierte Ulrike Röhr, Soziologin und Leiterin von genanet*, in Bern. An einer Veranstaltungsreihe machte sie deutlich, dass grüne Wirtschaft nicht losgelöst von Genderfragen betrachtet werden kann.

Grüne Wirtschaft stand im Mittelpunkt der Veranstaltungen mit Ulrike Röhr. In der Diskussion um nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik, war die zentrale Frage, was wir zum Leben brauchen. Wirkungsorientiertes Handeln sollte nicht primär auf das Kosten-Nutzen Prinzip, sondern auf die Bedürfnisse verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ausgerichtet sein. Gearbeitet wird auch anderswo als auf dem Markt, wenn auch nicht gewinnorientiert. Was bedeutet das für eine grüne Politik, die gerechte Verhältnisse schaffen will?

Der Blick auf Handlungsfelder unserer Politik zeigt auf, dass gerade der nicht-gewinnorientierten Arbeit kaum die angemessene Wertschätzung zukommt. So ist «Care Arbeit» wie Kinderbetreuung und Altenpflege gesellschaftlich unverzichtbar, dennoch wird sie oft unbezahlt geleistet. Wirtschaften ist jedoch nur dann nachhaltig, wenn diesen Bereichen Rechnung getragen wird.

Bei der Energie, so Röhr, brauche es zudem eine dezentrale Organisation der Produktion und Versorgung; nicht nur aus ökologischen Gründen. Diese wirke sich nämlich positiv auf den Arbeitsmarkt aus, auch für Frauen. Zusätzlich verdeutlicht eine solche Dezentralisierung die unterschiedlichen Energiebedürfnisse von Frauen und Männern. Hier sind keine marktorientierten Instrumente nötig, sondern eine andere Organisation von Versorgung und Mobilität. Röhr plädiert für Genderanalysen als Basis einer grünen Umweltpolitik, die über Effizienz im Sinne der «Green Economy» hinausgeht.

Annemarie Sancar, GB-Ausschuss
*www.genanet.de

Betreuungsgutscheine ja, aber fair

Facts

● In der Stadt Bern warten 1417 Vorschulkinder auf einen Kita-Platz. Entsprechend wichtig ist es, das Kita-Angebot weiter auszubauen. Dabei braucht es das konstruktive Miteinander von privaten und öffentlichen Betrieben.
Vorschulkinder werden in der Stadt Bern in 15 städtischen, 26 subventionierten und 36 privaten Kitas betreut. Private Kitas sind damit bereits heute ein wichtiger Pfeiler im städtischen Angebot. 37 Prozent der Plätze für Vorschulkinder werden durch private, 36 Prozent durch subventionierte und 27 Prozent durch öffentliche Betriebe bereitgestellt. Allerdings: Während in sozial besser gestellten Quartieren wie Kirchenfeld, Schosshalde und Weissenbühl der Anteil der in privaten Kitas betreuten Kinder grösser ist als jener in städtischen Kitas, ist das Verhältnis in Bümpliz/Oberbottigen massiv umgekehrt: Hier werden 362 Kinder an städtisch finanzierten Plätzen betreut, während die Anzahl privater Plätze gerade mal 23 beträgt. Das zeigt, dass die öffentlichen Betriebe zur Wahrung der Versorgungssicherheit unabdingbar sind.
Deutlich ist auch, dass die städtischen Betriebe einen grösseren Anteil an Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf und von Kindern aus Familien mit Verständigungsschwierigkeiten betreuen. Der Volksvorschlag garantiert das Fortbestehen der konstruktiven Zusammenarbeit von privat und öffentlich – während das Stadtratsreglement genau dies unterminiert.

Am 9. Juni entscheiden die StadtbernerInnen über einen neuen Finanzierungsmodus für die Kindertagesstätten. Sollen die Kitas dem freien Markt überlassen werden, oder bleibt eine minimale staatliche Steuerung erhalten? Zur Sicherung eines finanzierbaren, qualitativ guten Angebots und fairer Anstellungsbedingungen für das Personal ist eine politische Steuerung ein Muss. Nötig sind deshalb ein Ja zum Volksvorschlag und ein Nein zum Stadtratsreglement.

In einer umstrittenen Abstimmung im Mai 2011 hatten die Stimmberechtigten der Stadt Bern beschlossen, das Kita-Angebot künftig über Betreuungsgutscheine zu finanzieren. Das Grüne Bündnis wehrte sich damals leider erfolglos gegen die Abkehr von der bewährten Objektfinanzierung. Da die Betreuungsgutscheine-Vorlage als Gegenvorschlag zu einer Initiative konzipiert war, welche einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz und damit einen massiven Ausbau des Kitaangebots forderte, wurden die Betreuungsgutscheine fälschlicherweise als Kompromiss wahrgenommen, was der Vorlage die nötige Legitimation verlieh.

Worum geht es in der Abstimmung?
Angesichts dieses Grundsatzentscheids ist klar, dass das Kita-Angebot in der Stadt Bern künftig über Betreuungsgutscheine finanziert wird. Im Gegensatz zur heutigen Finanzierung, bei welcher die Stadt ihre Beiträge direkt an die beauftragen Kindertagesstätten ausrichtet, gehen die Gelder künftig an die Eltern, die sich damit in einer beliebigen Kita einen Platz «kaufen» können. Ungeklärt ist allerdings die Frage, wie das System der Betreuungsgutscheine umgesetzt wird – auf eine marktliberale oder auf eine sozialverträgliche Art und Weise.

Wieso ein Volksvorschlag?
Als es um die Umsetzungsregelung ging, hat der Stadtrat eine ausgesprochen marktorientierte Lösung beschlossen: «Die Privaten machen es besser – die öffentliche Hand braucht es nicht», hiess das Motto.

So schafft nun erstens das stadträtliche Reglement die Tarifobergrenze ab und nimmt damit in Kauf, dass die Elternbeiträge massiv angehoben werden. Zweitens bevorteilt das Reglement die privaten Kitas gegenüber den öffentlichen Betrieben, was mittelfristig zu einer Privatisierung oder gar einer Schliessung der öffentlichen Kitas führen wird. Und drittens hat sich der Stadtrat ausbedungen, selber über die Höhe der Gutscheine entscheiden zu dürfen, was die Rechtssicherheit bezüglich der Gutscheinhöhe gefährdet. Aus diesem Grund hat das Grüne Bündnis gemeinsam mit Partnerorganisationen wie dem Gewerkschaftsbund der Stadt Bern und der SP den Volksvorschlag «Betreuungsgutscheine ja, aber fair» eingereicht. Die Abstimmung findet am 9. Juni statt.

Das Komitee «Betreuungsgutscheine ja, aber fair» bei der Einreichung des Volksvorschlags

Drohende Erhöhung der Elterntarife
Hauptproblem des Kita-Reglements, wie es jetzt vorliegt, ist die Aufhebung der Tarifobergrenze. Dass sich die privaten Kitas dafür eingesetzt haben, liegt auf der Hand: Sie wissen genau, dass sie mit der geplanten Gutscheinhöhe ihr Angebot nicht finanzieren könnten. Hebt man die Elternbeiträge an, lässt sich das Problem leicht lösen. Nur: Die Dummen sind dann die Eltern, welche sich das Angebot unter Umständen nicht mehr leisten können. Angesichts der integrativen Wirkung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist eine solche Entwicklung fatal.

Ausbildungstätigkeit städtischer Kitas honorieren
Ebenso problematisch ist die vorgesehene Ungleichbehandlung der öffentlichen und der privaten Kitas. Während öffentliche Kitas künftig keinerlei Beiträge von der öffentlichen Hand mehr erhalten dürfen, ist die Zusatzfinanzierung durch Stiftungen und Elternvereine bei privaten Kitas möglich. Dies ist umso ungerechter, als die öffentlichen Kitas in der Stadt Bern heute einen weit überproportionalen Anteil an die Ausbildung des Fachpersonals beitragen. Währenddessen setzen viele private Kitas auf billige Praktikumskräfte – und schaffen damit ein Riesenproblem im Ausbildungsbereich: Obwohl die Berufslehre zur Fachfrau/zum Fachmann Betreuung wie jede gewöhnliche Berufslehre nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit in Angriff genommen werden kann, schicken zahlreiche Kitas potentielle Lehrfrauen und Lehrmänner vorerst auf eine Endlos-Praktikumsschlaufe. Viele erhalten auch nach zwei oder drei Jahren Praktikum keine Lehrstelle. Diesem Missstand sind die öffentlichen Kitas der Stadt Bern entgegengetreten und verzichten richtigerweise auf die Beschäftigung von Praktikantinnen und Praktikanten. Sie dafür zu bestrafen, wäre grundfalsch.

Abstimmung mit Signalwirkung
Der Entscheid vom 9. Juni hat nicht nur lokale Bedeutung, sondern Signalwirkung über die Stadtgrenzen hinaus. In immer mehr Bereichen – von der Betreuung von Menschen mit einer Behinderung bis zu schulischen Angeboten – wird heute die Einführung von Gutscheinsystemen gefordert. Oft bedeutet dies den Verlust der öffentlichen Steuerung über die Qualität und über die Anstellungsbedingungen. Aus diesem Grund ist es enorm wichtig, dass wir uns mit dem Volksvorschlag «Betreuungsgutscheine ja, aber fair» durchsetzen. Davon profitieren die Eltern, die Kinder und das Personal.

Blaise Kropf, Gewerkschaftssekretär vpod, GB-Grossrat,
Cristina Anliker-Mansour, GB-Stadträtin

aktions.

● **Für ein JA zum Volksvorschlag**
Die Abstimmungskampagne für den Kita-Volksvorschlag braucht Unterstützung:
Zeitungen verteilen, LeserInnenbriefe schreiben oder bei Flyerverteilaktionen mitmachen! Wer helfen kann, meldet sich bitte im GB-Sekretariat (info@gbbern.ch, 031 301 82 09).

Sparmassnahmen in der Gemeinwesenarbeit – ohne uns!

20'000 Personen haben im März auf dem Bundesplatz gegen die kurzsichtige kantonale Sparpolitik protestiert. Diese trifft die Stadt Bern als grösste Gemeinde im Kanton am meisten. Es droht ein Kahlschlag in der Gemeinwesenarbeit.

Seit 1981 ist die Villa Stucki ein wichtiges Quartierzentrum. Droht ihr nun das Aus?

Kinder nutzen Freizeitangebote, Eltern suchen Beratungsangebote auf, Neuzugezogene finden Anschluss, Arbeitslose werden unterstützend begleitet – von der Gemeinwesenarbeit profitiert die ganze Gesellschaft.

Deren langjährige und wertvolle Arbeit ist jetzt gefährdet: 1.8 Millionen Franken müssen eingespart werden – dies sind keine Peanuts, sondern eine Kürzung von über 50% der Subventionen! Die Folgen: Massiver Stellenabbau und eine drastische Reduktion der Angebote, vielen Quartierzentren droht die Schliessung.

Was bisher geschah: Der Kanton hat kurzfristig entschieden, seinen Anteil von 1,8 Millionen für die Gemeinwesenarbeit bereits ab diesem Jahr zu streichen. Um einen Kollaps zu verhindern, musste die Stadt einspringen. Eine langfristige Finanzierung über das Jahr 2013 hinaus, wie vom GB gefordert, lehnt das Stadtparlament aber knapp ab. Anlässlich der Diskussion des GB-Vorstosses handelte eine Mehrheit des Stadtrates doppelzüngig und zynisch. Der Nutzen der Gemeinwesenarbeit wurde zwar allseits betont, in der Abstimmung setzten die Vertretenden der Mitte derselben jedoch das Messer an den Hals: Die vorgeschlagenen «Optimierungsmassnahmen» bedeuten für zahlreiche Projekte nämlich den Todesstoss.

Dieses Sparen wird uns mittelfristig teuer zu stehen kommen: Denn die Probleme verschwinden nicht von selbst. Die Sparmassnahmen führen längerfristig zu Folgekosten an anderen Orten. Auch der einzigartige Mix an bezahlter und Freiwilligenarbeit ist in seiner Existenz bedroht: Denn jeder ins Personal investierte Franken kehrt mehrfach zurück - und wird doppelt fehlen.

Das GB wehrt sich gegen den verheerenden Leistungsabbau und setzt sich weiter für ein längerfristiges Überleben der städtischen Gemeinwesenarbeit ein.

Sabine Baumgartner, GB-Stadträtin

aktions.

● **Nein zum Hooligan-Konkordat**
Unterschreiben Sie jetzt das Referendum gegen das vom bürgerlichen Grossrat beschlossene, unverhältnismässige, unnütze und Grundrechte missachtende Hooligan-Konkordat. Informationen finden Sie unter www.konkordatnein.ch

Vorstösse | Erfolge

● Im März 2013 wurde die neue GB-Stadträtin Franziska Grossenbacher in die Energiekommission gewählt. Sie ersetzt damit alt GB-Stadtrat Urs Frieden, der seit Februar 2013 Präsident der Ökofonds-Kommission ist.

Auch auf parlamentarischer Ebene setzt sich das Grüne Bündnis für ökologische Anliegen ein. So wurde beispielsweise im März in einer Motion gefordert, dass die Ziele der kantonalen Initiative «Bern erneuerbar» in der Stadt Bern auf kommunaler Ebene realisiert werden.

Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne

Die Kampagne «Recht ohne Grenzen» wird von über 50 Hilfswerken und Nichtregierungsorganisationen getragen. Sie setzt sich für klare Regeln für Konzerne ein und hat im Sommer 2012 eine Petition mit über 135'000 Unterschriften eingereicht. Was genau ist das Ziel der Kampagne?

● Ob Glencore in Sambia, Xstrata in Peru, Holcim in Indien oder Trafigura in Côte d'Ivoire – Schweizer Firmen verletzen immer wieder Menschenrechte oder verschmutzen die Umwelt. Dies geschieht, obwohl immer mehr Unternehmen «soziale Verantwortung» auf ihre Fahne schreiben. Wir wollen deshalb, dass die Politik hier in der Schweiz verbindliche Regeln einführt, damit Firmen, die hier ihren Sitz haben wollen, auch im Ausland fundamentale Rechte achten.

Rahel Ruch ist Kampagnenleiterin von «Recht ohne Grenzen» und Mitglied des leitenden GB-Ausschusses

Wie sähen solche «verbindlichen Regeln» aus?

● Erstens müssten Unternehmen verpflichtet werden, präventive Massnahmen zu ergreifen, dass es weder zu Menschenrechtsverletzungen noch zu Umweltvergehen kommt. Dazu muss die soziale Verantwortung auf allen Ebenen des Unternehmens verankert werden; die Mitarbeitenden müssen entsprechend geschult und ein unabhängiges Monitoring und insbesondere eine ausführliche Reportingpflicht eingeführt werden.
Zweitens brauchen jene Menschen, die durch das Geschäftsgebaren einer Schweizer Firma geschädigt worden sind, einen Zugang zu Justiz und Wiedergutmachung. Durch die komplizierten Strukturen multinationaler Konzerne, die teilweise schwachen Staatsstrukturen in Gaststaaten und das fehlende Verantwortungsbewusstsein der Sitzstaaten ist eine Art rechtsfreier Raum entstanden. Deshalb wollen wir, dass Geschädigte hier in der Schweiz eine Klage gegen die betreffende Firma einreichen können. Möglich würde das durch eine Solidarhaftung: Die Mutterhäuser der Unternehmen in der Schweiz sollen haftbar sein für die Tätigkeiten ihrer Tochterhäuser oder Zulieferer auf der ganzen Welt.

Die Petition wurde letzten Sommer eingereicht, die aussenpolitischen Kommissionen der eidgenössischen Räte haben sie behandelt und abgelehnt – was jetzt?

● Im letzten Dezember hat der Nationalrat ein Postulat von Alec von Graffenried «Eine Ruggie-Strategie für die Schweiz» verabschiedet. Damit muss der Bundesrat nun eine Strategie erarbeiten, wie die Uno-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten, die sowohl eine Verantwortung des Staates, eine Verantwortung der Unternehmen und einen verbesserten Zugang zu Justiz und Wiedergutmachung für die Geschädigten vorsehen, implementiert werden. Das ist ein bedeutender Schritt, denn bis heute verfügt die Schweiz über keine umfassende und zeitgemässe Strategie zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte.

Der Nationalrat hat im März als Reaktion auf die Petition zudem ein Postulat seiner APK verabschiedet. Es fordert einen Bericht, der aufzeigt, wie andere Länder eine menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflicht für Leitungsorgane von Unternehmen eingeführt haben. Zudem sollen im Bericht Vorschläge gemacht werden, welche Möglichkeiten für eine solche Sorgfaltspflicht in der Schweiz bestehen. Dieser Bericht müsste demnächst erscheinen.

Das alles klingt nach steinigem Weg...

● «Recht ohne Grenzen» und die Aktivitäten der NGOs haben endlich dazu geführt, dass Menschenrechte/Umweltschutz zunehmend ein wichtiges Thema für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wird. Aber es stimmt, der Weg zur tatsächlichen Einklagbarkeit eines Unternehmens ist sehr steinig und mit den Wirtschaftsverbänden stehen uns mächtige Widersacher gegenüber.

Interview: Johannes Künzler

Grünes Bündnis grün.
AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F. 6411, 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Veranstaltungen

● So, 12. Mai, 10.45 Uhr, Burgdorf Bhf. und Di, 25. Juni, 20.00 Uhr, Käfigturm
Wanderung Industriekultur im Emmental und Berns Mühe mit der Moderne
Die AG Wirtschaft organisiert am 12. Mai einen Spaziergang mit Hans-Peter Bärtschi im Emmental, der überraschende Einblicke in eine Region bietet, die nicht den Ruf einer Industrieregion geniesst. Zudem gibt es am 25. Juni eine Podiumsdiskussion mit André Holenstein und Stefan von Bergen zum Thema «Berns Mühe mit der Moderne». Weiteres unter www.gbbern.ch

● Di, 28. Mai, 19.00 Uhr, Sitzungszimmer Grüne CH
Workshop der AG Ökologie
Die AG Öko des GB lädt alle Interessierten zu einem Workshop ein, an dem die Forderungen des GB zum neuen Stadtentwicklungskonzept (STEK) diskutiert werden sollen.

● So, 7. Juli, Breitenrain
Autofreier Sonntag
Am 7. Juli gibt es wieder einen autofreien Sonntag im Breitsch. Infos unter www.gbbern.ch

● Mi, 12. Juni, 18.30 Uhr, Käfigturm und Di, 4. Juni, Kino Reitschule
Veranstaltungen zu Roma
Die AG Migration organisiert zwei Veranstaltungen zum Thema Roma. Am 12. Juni findet eine Podiumsdiskussion mit dem Titel «Bettelnde Romabanden - Mythos oder Realität?» statt. Am 4. Juni wird im Kino der Reitschule der Film «Natasha» gezeigt.
Infos unter www.gbbern.ch

Arbeitsgruppen

Sekretariat
Grünes Bündnis Stadt Bern
Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
Postfach 6411, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
Grünes Bündnis Stadt Bern auf Facebook:
http://www.facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

● **Frauenpolitik**
13. Juni, Kontakt: regula_buehlmann@bluewin.ch

● **Ökologie**
28. Mai, Kontakt: fragroba@gmx.ch

● **Internationales und Migration**
Kontakt: asancar@bluewin.ch

● **Wirtschaft**
Kontakt: thomas.bauer@hotmail.ch

● **Bildungs- und Kulturpolitik**
10. Juni, Kontakt: regula.nyffeler@bluewin.ch

● **Leitender Ausschuss**
29. Mai, Kontakt: info@gbbern.ch

Interna

● Am Mo, 3. Juni, ab 20.00 Uhr findet im Restaurant O bolles (Bollwerk 35, Bern) der nächste GB-Stammtisch statt. Informationen unter: www.gbbern.ch

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und Sympathisanten des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Natalie Imboden, Johannes Künzler, Stéphanie Penher, Julia Richter.
Fotos:
Herbert Schweizer, Monika Flückiger, Johannes Wartenweiler
Gestaltung:
transform.ch
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss grün. Nr.12: 21. Juli 2013

schluss.

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern und GB-Stadträtin

Öffentlicher Verkehr stärkt Bern

Droht der ÖV-Knotenpunkt Bern der Sparpolitik zum Opfer zu fallen? Die im März vorgesehene Beratung des Rahmenkredits für die ÖV-Investitionen wurde vom Grossen Rat in den Juni verschoben. Begründung: Die Finanzkommission will die Investitionen für den Bahnhof Bern und das Tram Region Bern im Kontext des anstehenden Sparpakets beurteilen. Eine Beschneidung dieser Projekte wäre aber brandgefährlich. Der öffentliche Verkehr stösst bereits heute an seine Kapazitätsgrenzen.
Das Tram Region Bern und der Ausbau des Bahnhofs Bern sind Projekte von zentraler Bedeutung. Die Aufbruchstimmung im Westen Berns zeigt eindrücklich, dass die Investitionen ins Tram Bern West nicht nur ein Verkehrs-, sondern ebenso ein Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsförderungsprojekt gewesen sind. Davon profitiert der gesamte Kanton, welcher darauf angewiesen ist, an Strukturstärke zu gewinnen.
Können dringend nötige Investitionen nicht getätigt werden, wird sich der Verkehr nach der erfreulichen Trendwende zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs wieder vermehrt auf die Strasse verlagern. Ein hoffnungslos überlasteter ÖV-Knotenpunkt Bern schadet aber nicht nur der Umwelt, sondern der Attraktivität Berns als Wirtschafts- und Wohnstandort. Trotz der schwierigen Finanzsituation braucht der Kanton Bern ein gutes ÖV-Angebot, damit die Volkswirtschaft nicht in eine Negativspirale gerät. Eine Reduktion der vom Regierungsrat beantragten Investitionsbeiträge wäre darum ein kontraproduktiver Entscheid.